



Polizei ist mehr wert!



Andreas Grün.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 8. April 2014 haben die Delegierten des 25. ordentlichen Delegiertentages der GdP einen neuen Landesvorstand gewählt. Dabei wurde ich zum neuen Landesvorsitzenden der GdP in Hessen gewählt. Ich möchte mich auf diesem Wege nochmals bei allen Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich bedanken, die mir ihr Vertrauen gegeben und mich dabei unterstützt und begleitet haben.

Das Amt des Landesvorsitzenden der größten Gewerkschaft im Polizeibereich ist ein herausragendes und zugleich sehr verantwortungsvolles Amt, das ich mit Demut aber auch Freude und Entschlossenheit ausüben will. Es bietet viele Möglichkeiten, Gewerkschaftspolitik in Hessen ein Stück weit mitzugestalten und zugleich die Herausforderungen, die vor uns liegen, offensiv anzunehmen.

Ich stehe für Offenheit, Transparenz und Vertrauen gegen Vertrauen. Teamarbeit ist für mich kein Selbstzweck, sondern unabdingbare Voraussetzung von erfolgreicher Gremienarbeit. Wir werden die Aufgaben der Zukunft nur meistern, wenn wir geschlossen und in großer Einigkeit alle zusammen in die gleiche Richtung marschieren. Die Erwartungen unserer Mitglieder sind groß. Viele

sitzen bereits in der Überlastungsfalle oder zeigen gesundheitliche Verschleißerscheinungen.

In der kommenden Legislaturperiode wird im Dunstkreis der Schuldenbremse, der kommunalen Schutzschirme und im Lichte des bestehenden Koalitionsvertrages einiges auf die Polizei in Hessen zukommen.

Konkrete Absichtserklärungen der neuen Landesregierung, was im Polizeibereich alles angestrebt wird, sind im Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen niedergelegt. Dies sind insbesondere:

- **Ein Besoldungsdiktat mit Nullrunde und ein Prozent Steigerung jährlich.**
- **Änderung der Beihilfe.**
- **Stellenabbau von 1800 Stellen – ausgenommen sind die Lehrer.**
- **Kennzeichnungspflicht der Polizei im Einsatz.**
- **Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 42 auf 41 Stunden erst in 2017.**
- **Kein Ausstieg aus dem TVH.**

Aber damit nicht genug. Ihr habt alle mitbekommen, dass durch die Anpassung der Erfahrungsstufen in der Beamtenbesoldung vom zwölfstufigen System auf das achtstufige System finanzielle Nachteile von bis zu 10 000 Euro entstehen können. Zurzeit liegt diese Problematik auf dem Tisch der GdP beim Innenminister. Dieser hat bereits die Einrichtung einer Beschwerdestelle zugesagt. Wir werden dieses Thema intensiv weiter begleiten und auf eine deutliche Nachbesserung drängen.

Innere Sicherheit lässt sich nicht in Zahlen ausdrücken. Prävention lässt sich nicht messen. Kennzahlen werden niemals die Menschen ersetzen. Kriminalität lässt sich nicht alleine durch Vorgaben aus den Schaltzentralen bekämpfen. Erfolgreiche Polizeiarbeit bedarf auf jeden Fall einer ausreichenden Anzahl von engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich mit ihrem Beruf identifizieren und die einen spannungsfreien und kollegialen Umgang im Kollegen- und Vorgesetztenkreis vorfinden. Das werden wir mehr denn je deutlich machen. Wir müssen insbe-

sondere noch stärker die Personalfolge stellen. Fast alle Probleme, die die hessische Polizei betreffen, haben mittelbar oder unmittelbar etwas mit fehlendem Personal zu tun. Daran kommen wir nicht vorbei. Unsere Mitglieder erwarten von ihrer Gewerkschaft, dass diese Probleme nicht ausgeblendet werden, sondern dass wir uns darum kümmern, damit es zumindest mittelfristig zu einer spürbaren Entlastung kommt. Auch wenn die Sparschwänge der Politik momentan vieles überstrahlen, so werden wir stressbedingte Krankheitssymptome und gesundheitliche Überlastungen niemals haushälterischen Zwängen unterordnen. Würden wir in dieser Frage nachgeben, wäre eine Säule gewerkschaftlicher Grundüberzeugungen ausgehebelt und wir würden auf breiter Front ungläubwürdig werden. Wir stehen aber jederzeit für Gespräche bereit und haben auch schon Lösungsansätze unterbreitet. Dazu könnte gehören, dass man wie in Niedersachsen, unter Einbindung der Führungskräfte und der Personalräte, das gesamte Aufgabengebiet der Polizei neu bewertet und dem vorhandenen Personalbestand ohne Überforderung neu anpasst.

Volker Bouffier lässt keine Gelegenheit aus, um öffentlich zu bekunden, wie gut es den Hessen geht. Er verkündet, dass die Arbeitslosigkeit auf einem historischen Tiefstand ist, die Gewinne in der Wirtschaft brummen und die Auftragsbücher der Firmen voll sind. Wir sehen den Dax auf einem Allzeithoch. Wir nehmen zur Kenntnis, dass am Jahresende ein Steuerüberschuss von 420 000 000 Euro in die Landeskasse gespült wurde. Wir beobachten dieser Tage mit Neid, wie große Firmen wie BMW über 8000 Euro an Gratifikationen an die Mitarbeiter ausschütten. Gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die hessische Landesregierung ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein weiteres Sparpaket verordnet und dies im Lichte des ge-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

rade abgeschlossenen Tarifvertrages von Bund und Kommunen mit einem Volumen von 5,4 Prozent lineare Lohnerhöhung, mindestens aber 90 Euro mehr für die unteren Lohngruppen.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat angekündigt, das Ergebnis vollumfänglich auch auf die Beamten zu übertragen. So sieht Wertschätzung von harter belastender Arbeit im Polizeibereich aus. Nullrunden und ein Prozent Lohnerhöhungen, wie sie in Hessen für die Beamtenschaft vorgesehen sind, verkünden eher das Gegenteil.

Viele unserer Kolleginnen und Kollegen arbeiten im Schichtdienst oder ähnlich belastenden Diensten. Sie können es sich nicht aussuchen, zu welchem Einsatz sie geschickt werden. Sie haben einen Eid auf das Grundgesetz und die Hessische Verfassung geschworen. Es gehört zum täglichen Dienst, dass rechtsstaatliche Maßnahmen auch notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden müssen. Es gehört leider auch zum Alltag einer Polizistin oder eines Polizisten, dass sie in Ausübung ihres Dienstes verletzt werden können. Die Polizei arbeitet 24 Stunden am Tag an 365 Tagen im Jahr. Wir sind an Sonn- und Feiertagen genauso im Dienst

wie an Silvester und Heiligabend. Wir fahren Einsätze bei Wind und Wetter, bei 35 Grad Hitze wie bei frostiger Nacht oder im strömenden Regen. Wir genießen bei der Bevölkerung allerhöchstes Vertrauen und haben in Deutschland wie in Europa und auch international einen tadellosen Ruf. Wir machen nach allen Bekundungen einen hervorragenden Job.

Deshalb verstehen wir es nicht, warum wir erneut ein Sparpaket auferlegt bekommen und nicht auch am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben sollen. Denn – wir sind es wert!

Andreas Grün,
Landesvorsitzender

LANDESVORSTAND FÜR VIER JAHRE NEU GEWÄHLT

Andreas Grün ist neuer Chef der hessischen GdP

Der mittelhessische GdP-Vorsitzende Andreas Grün wurde in geheimer Wahl mit überwältigendem Ergebnis zum neuen GdP-Landesvorsitzenden gewählt.

Er bekam 223 von 229 Delegiertenstimmen. Der 52-jährige Andreas Grün ist verheiratet, hat zwei erwachsene Töchter und wohnt in Mücke im Vogelsbergkreis.

Seit 1982 ist er Mitglied der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und hat bis dato mehrere Funktionen in der GdP wahrgenommen. Zuletzt war er Bezirksgruppenvorsitzender in Mittelhessen.

Andreas Grün dankte für diesen überwältigenden Vertrauensbeweis. Mit diesem Ergebnisse lasse sich mit der Politik auf Augenhöhe verhandeln, was heute wichtiger denn je ist. „Zu groß und vielfältig sind die Problemstellungen, die in Bälde auf die Polizei zukommen werden“, sagte Andreas Grün.

Die weiteren Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes wurden bei wenigen Enthaltungen und seltenen Nein-Stimmen gewählt. Mit **Heinz Schiskowsky**, Angestellter beim HLKA, wurde ein erfahrener Tarifvertreter zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Ebenso wurde der langjährige Schriftführer und Landesredakteur **Ewald Gerk** aus Osthessen stellvertretender Landesvorsitzender. In seinem Amt als Stellvertreter wurde auch der westhessische Personalratsvorsitzende **Lothar Hölzgen** wiederge-

wählt. Ebenfalls erstmals in das Stellvertreteramt wurde **Antonio Pedron**, Vorsitzender der BZG Südhessen, in geheimer Wahl gewählt.

Neue Landeskassiererin wurde **Sandra Temmen** (Bereitschaftspolizei) und hat mit **Katrin Kuhl** (PTLV) eine verteilte Vertreterin.

Das Amt des neuen Schriftführers wird der nordhessische Bezirksgruppenvorsitzende **Stefan Rüp-pel** ausüben und **Markus Hüschen-bett** (Südosthessen) fungiert als sein Vertreter.

Als weitere gleichberechtigte Mitglieder wurden **Peter Wittig** (Westhessen), der neuer GdP-Seminarbeauftragter und Informatikspezialist ist, und **Sven Eigenbrodt** (Süd Hessen), der Vertreter für den höheren Dienst der Polizei und die Kriminalpolizei ist, gewählt.

Arbeitnehmervertreterinnen wurden **Petra Moosbauer** (Frankfurt), **Ute Schaft-Paetow** (Mittelhessen) und **Ruth Steinberg** (Osthessen).

Zum Landesvorstand gehören außerdem alle BZG-Vorsitzenden (oder deren Stellvertreter) und die Vorsit-



Nach zehn Jahren Landesvorsitzender übergibt Jörg Bruchmüller (rechts) an den 52-jährigen Andreas Grün aus Mittelhessen.

zenden der Personengruppen (Frauengruppe, Junge Gruppe, Seniorengruppe).

Neue Kassenprüfer wurden **Wolfgang Denke-Otterbein** (Osthessen), **Christian Hertel** (Frankfurt) und **Konrad Jänicke** (Mittelhessen).

Die Mitglieder des Landeskontrollausschusses sind **Georg Otto** (Mittelhessen) als Vorsitzender, **Kurt Pfaff** (Südosthessen), **Wolfgang D. Lang** (Frankfurt), **Jürgen Justus** (Bereitschaftspolizei), **Uwe Barthelmaier** (Nordhessen), **Adelbert Steinberg** (Osthessen), **Heinz Brüggemann** (PZBH), **Herbert Herzog** (Süd Hessen) und **Heinrich Baron** (Westhessen).

gdp hessen/eg



Ehrung verdienter Vorstandsmitglieder



EHRUNGEN v. l.: Bundesvorsitzender **Oliver Malchow**, **Daniel Klimpke**, **Alexandra Stehr-Kröll**, **Jürgen Aschenbrenner**, **Sibylle Perrot**, **Wolfgang Link**, **Marianne Diefenthäler**, **Renee Kopsch**, **Elke Oswald**, **Michael Schweikert**, **Jörg Schumacher** und Landesvorsitzender **Andreas Grün**.

Nach zehn Jahren als Landesvorsitzender der GdP Hessen ist **Jörg Bruchmüller** nicht mehr zur Wiederwahl angetreten. Er scheidet aber nicht auf Landesebene aus, da er weiterhin Funktionen im Bundesvorstand begleitet. In den Jahren, in denen Jörg Bruchmüller Landesvorsitzender war, hat er die GdP Hessen nachhaltig geprägt. Ihm wurde für sein Engagement als hessischer GdP-Vorsitzender bereits am Vortag, im Anschluss an einen Rechenschaftsbericht, für sein Wirken gedankt.

Ehrung der ausscheidenden GdP-Funktionäre:

Mit **Jörg Schumacher**, **Jürgen Aschenbrenner** und **Wolfgang Link** verlassen drei gewerkschaftliche Urgesteine den geschäftsführenden Landesvorstand (gLbV). Gerade im gLbV haben sie in unterschiedlichen Funktionen eine hervorragende Arbeit geleistet. Gewerkschaftspolitisch haben sie an entscheidender Stelle maßgeblich die Geschicke des Landesbezirks mitgestaltet. Politisch wie dienstlich haben sie alles getan, um gewerkschaftspolitisch Einfluss zu nehmen, um den Belangen der hessischen Polizeibeschäftigten bestmöglich Rechnung zu tragen. Dies hat sehr viel Zeit und natürlich auch sehr viel Freizeit gekostet. Es war viel harte Arbeit, die aber auch Früchte getragen und viele positive Erfahrungen beschert hat. Für den langjährigen Einsatz auf der Kommandobrücke der GdP Hessen bedankte sich **Andreas Grün** ganz herzlich.

Sibylle Perrot (Frankfurt) und **Michael Schweikert** (Südhessen) waren zwei Personalratsvorsitzende, die die

Personalrats- und die Gewerkschaftsarbeit in ihren Präsidien entscheidend mitgeprägt haben. Wir, die GdP, sind zu Recht stolz darauf, dass wir in Hessen in allen Präsidien die absolute Mehrheit der Sitze im Personalrat haben und überall den oder die Vorsitzende stellen. Ihr habt über viele Jahre die Interessen der Kolleginnen und Kollegen gegenüber den Behördenleitungen vertreten. Ihr seid nicht müde geworden, immer wieder das Gespräch zu suchen und zu vermitteln, damit die Belange der Kolleginnen und Kollegen ausreichend gewürdigt wurden und zugleich das Wohl der Dienststelle nicht gefährdet ist. Dies ist kein leichtes Unterfangen und verlangt ein hohes Maß an sozialer Kompetenz, Fachlichkeit und Durchsetzungsvermögen. Dies über so viele Jahre auf einem so hohen Niveau zu halten, verdient unser aller Respekt. Dafür sagen wir herzlichen Dank.

Elke Oswald und **Daniel Klimpke** waren zwei Personengruppenvorsitzende, die ihre Spuren in der hessischen GdP hinterlassen haben.

Die Frauengruppe setzt sich für die Interessen der weiblichen Beschäftigten in der Polizei ein. Dabei hat sich **Elke Oswald** in einem hohen Maße engagiert und für die Belange der Frauen in der GdP eingesetzt. Für deine vielen Jahre als immer ansprechbare Frontfrau der GdP Hessen hast du dir bei den Kolleginnen wie bei den Kollegen großen Respekt erworben. Die Junge Gruppe hat als innovativer Motor der GdP schon oft neue Wege be-

schritten. Ihr habt mit kreativem und unkonventionellem Handeln die verschiedensten Bereiche neu belebt und vorangebracht. **Daniel Klimpke** hat als Vorsitzender der Jungen Gruppe Hessen einen tollen Job gemacht. Es war sicherlich nicht immer einfach, die unterschiedlichen Sichtweisen von jungen vor Kreativität und Tatendrang sprühenden Kolleginnen und Kollegen zu bündeln. Es war auch vielleicht nicht immer einfach, die Älteren in der GdP von dem, was die Junge Gruppe so vorhat, zu überzeugen. **Daniel Klimpke** hat nach seinem Engagement in der Jungen Gruppe den Vorsitz der GdP-Bezirksgruppe Westhessen übernommen.

Marianne Diefenthäler vertritt seit 1998 den Tarifbereich im Landesvorstand der GdP Hessen. 16 lange Jahre hat sie im Landesvorstand für die Interessen der Tarifbeschäftigten gestritten und gekämpft. Dies hat **Marianne Diefenthäler** mit so viel Herzblut getan, dass man es greifen konnte, wie sehr sie bei bestimmten Themen von der Wichtigkeit und Notwendigkeit überzeugt war.

Die GdP-Satzung gibt die maximale Amtszeit der Landeskassenprüfer vor – und diese Zeit endet mit Ablauf dieser Legislaturperiode für: **Alexandra Stehr-Kröll**, für **Renee Kopsch** und für **Wolfgang Fahrenbach**.

Sie haben in vorgeschriebenen Abständen, unangemeldet „Hausbesuche“ auf der Geschäftsstelle gemacht und die Landeskasse geprüft. Wie wir im Landesvorstand feststel-

Fortsetzung auf Seite 4



Andreas Grün nennt die drängendsten Probleme der hessischen Polizei



Unter den Ehrengästen befand sich auch der hessische Innenminister Peter Beuth (vordere Reihe in der Mitte).

Am Nachmittag des zweiten Tages des 25. Delegiertentages der hessischen GdP in Marburg fand der öffentliche Teil statt. Innenminister Peter Beuth ließ es sich nicht nehmen, zur größten hessischen Polizei-

gewerkschaft zu kommen. Ebenso waren fast alle Präsidenten der hessischen Polizei, LPVP Klüber, GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow und die Vertreter der Parteien im Hessischen Landtag anwesend.

In seiner Ansprache ging der neue Landesvorsitzende Andreas Grün auf die derzeitigen Probleme der Polizeibeschäftigten ein. Die von der schwarz-grünen Landesregierung angekündigte Änderung bei der Krankenversicherung der Beamtinnen und Beamten (Beihilfe) stößt auf heftige Gewerkschaftskritik. Die Streichung von Leistungen in der Krankenfürsorge bedeutet eine deutlich spürbare Gehaltskürzung. Diejenigen, die tagtäglich bei den Einsätzen den Kopf hinhalten, bedürfen auch einer besonderen Krankenfürsorge. Mit dem am 1. März in Kraft getretenen Dienstrechtsmodernisierungsgesetz kann es bei der Überleitung in ein neues Besoldungssystem, insbesondere bei vielen Polizeioberkommissaren/-innen im mittleren Alter, zu erheblichen Einkommensverlusten bis zu zehntausend Euro kommen. Hier ist dringend Korrekturbedarf geboten.

Aber auch die Forderung nach einer angemessenen Tarifierhöhung ist nach dem Abschluss auf Bundesebene die Richtschnur für die anstehenden Gehaltsrunden des kommenden Jahres.

Die Polizei hat sich von den Stellenstreichungen vor der „Operation sichere Zukunft“ bis heute nicht er-

holt. Die zunehmenden Belastungen durch veränderte und neue Kriminalitätsformen müssen die Kolleginnen und Kollegen tagtäglich bewältigen. Um ihre Kolleginnen und Kollegen das Dienstfrei nicht zu gefährden, schleppen sie sich auch mit angegriffener Gesundheit zum Dienst. Das darf nicht vorkommen! Wir brauchen ausreichend Personal. Trotz nicht vorhandener Aufstiegschancen und beruflicher Perspektiven zollen wir unseren Kolleginnen und Kollegen hohes Lob, dass sie trotzdem Tag und Nacht für den Bürger da sind.



GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow.

Das Delegiertentagsmotto: „**Der Mensch steht im Mittelpunkt – mit Sicherheit**“ machte GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow zu einem thematischen Schwerpunkt seiner Rede. In den 30 Jahren seiner Polizeilaufbahn habe er vieles erlebt. Stolz sei er besonders, dass unsere Kolleginnen

Fortsetzung von Seite 3

len durften, haben sie dies mit Akribie, Sachverstand und Weitsichtigkeit getan. Sie haben ihre Aufgabe nicht auf das bloße Abgleichen von Buchungsposten und Belegen reduziert, sondern innovativ bestimmte Haushaltsposten hinterfragt und Verbesserungen und Lösungsansätze aufgezeigt. Von der Art und Weise wie die drei als Landeskassenprüfer agiert haben, lässt erkennen, dass sie dies mit Freude und Leidenschaft getan haben.

Die GdP Hessen bedankt sich bei euch allen ausgeschiedenen Funktionären für das ehrenamtliche Engagement in den unterschiedlichsten Funktionen. „Eure Erfahrung und euer Rat waren immer hochgeschätzt und haben nachhaltig die Gewerkschaftspolitik der GdP Hessen in den vergangenen Jahren geprägt. Dabei habt ihr eine Menge an Freizeit geopfert und auch eure Familien haben wiederholt auf euch zugunsten der GdP verzichten müssen“, brachte es Landesvorsitzender Andreas Grün auf den Punkt.

gdp



LANDESDELEGIERTENTAG 2014



Ehrgäste aus Politik, Polizei und den Kooperationspartnern.

und Kollegen den Kopf hinhalten und nicht die Hand aufhalten. Dafür sei fortwährender Respekt zu zollen. Die Parlamentarier in den Landesparlamenten sollten dieses immer vor Augen haben, da die Polizei einen Kernauftrag des Staates, die Innere Sicherheit garantiere. Sie sei eine Bürgerpolizei und wolle es auch bleiben. Angriffe auf einen Polizisten, eine Polizistin, seien nicht nur Angriffe auf den Polizisten als Mensch, son-

ziellen Einbußen beabsichtigt. Um das Gesetz zu ändern, bräuchte man eine gewisse Zeit. Er versprach, eine Ansprechstelle einzurichten, wo sich betroffene Beschäftigte hinwenden könnten. Er sagte zu, in einem konstruktiven Dialog mit der GdP die Probleme zu besprechen und eine Lösung zu erreichen. Mit Wolfgang Degen, Redakteur beim Wiesbadener Kurier, konnte ein Referent gefunden werden, der das Spannungs-

verhältnis zwischen Polizei und Presse beleuchtete. Die Presse braucht zur Erfüllung ihres Auftrags ungefilterte Informationen, um ihrem Unterrichtungsauftrag der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Am Beispiel der Kriminalstatistik beleuchtete er das zurückhaltende Preisgeben von einzelnen Kriminalzahlen, um dem alleinigen ministeriellen Veröffentlichungsvorbehalt gerecht zu werden. „Bohei hoch drei bei der Polizei“ überschrieb Wolfgang Degen seinen Kommentar zur

Veröffentlichung der Kriminalitätsstatistik des letzten Jahres. Aber auch bei Informationsweitergabe bei Ereignissen, die die Polizei betreffen, komme es mitunter zum „medialen Sprint der Ahnungslosen“, um nur einige Beispiele seiner Ausführungen zu nennen.

Politik und Showbusiness liegen nicht weit auseinander. Deshalb bildete der nordhessische Mundartka-

barettist Gerit von Bamberg den Abschluss des öffentlichen Teils. Kurzweilig trug er Szenen aus dem nordhessischen Alltag eines Studenten und eines Polizisten vor. Die La-



Das Blech-Bläser-Ensemble des Hessischen Polizeiorchesters.



Peter Wittig (links) dankte dem Wiesbadener Journalisten Wolfgang Degen für seinen kurzweiligen Vortrag über Polizisten und Journalisten.

cher und der lange Beifall zeigten, dass die absurden Situationen in seinen Geschichten nicht erfunden sind, sondern von den Zuschauern als Realitäten mit Wiedererkennungswert erkannt wurden.

Ewald Gerk



Landesvorsitzender Andreas Grün (rechts) überreichte Innenminister Peter Beuth (links) zur Erinnerung einen GdP-Teddy.

dern auf den Staat und letztendlich auf die Bürger. Dies bedürfe eines besonderen Schutzparagrafen im Strafgesetzbuch.

Innenminister Peter Beuth bedankte sich bei den Polizistinnen und Polizisten für die hervorragende Arbeit. Er hob die Stellung der hessischen GdP als größte Polizeigewerkschaft hervor. Was die Ungereimtheiten beim Inkrafttreten des Dienstrechtsmoderni-



Gerrit von Bamberg schloss den öffentlichen Teil des Delegiertentages mit einem kurzweiligen kabarettistischen Vortrag ab. Die Lacher und der lange Beifall zeigten, dass die absurden Situationen in seinen Geschichten nicht erfunden sind, sondern von den Zuschauern als Realitäten mit Wiedererkennungswert erkannt wurden.



BUNDESJUGENDKONFERENZ IN POTSDAM

„Wir sind unsere Zukunft“ – JUNGE GRUPPE

In der zweiten Aprilwoche fand in Potsdam die 14. Bundesjugendkonferenz als Höhepunkt der gewerkschaftlichen Arbeit der JUNGEN GRUPPE statt.

Hieran beteiligt natürlich auch eine Delegation aus Hessen, bestehend aus Vertretern des hessischen Landesjugendvorstandes.

Mit einer deutlichen Mehrheit der Delegierten ist Kevin Komolka zum neuen Vorsitzenden der JUNGEN GRUPPE (GdP) Bund gewählt worden. Zuvor war die bisherige Bundesjugendvorsitzende Sabrina Kunz mit viel Beifall der über 100 Delegierten aus dem ganzen Bundesgebiet, die mehr als 34 000 Mitglieder der JUNGEN GRUPPE vertreten, verabschiedet worden. Die 33-Jährige hatte sich nach mehr als zehnjähriger jugendpolitischer Arbeit nicht erneut zur Wahl gestellt.

Im Rahmen der Konferenz wurden viele zukunftsweisende Anträge, unter anderem auch Anträge des hessi-

schen Landesjugendvorstandes, beschlossen.

Besonders erfreulich ist aus hessischer Sicht, dass bei der Neuwahl des achtköpfigen geschäftsführenden Bundesjugendvorstandes der 29-jährige Christoph Möhring aus Nordhessen zum stellvertretenden Bundesjugendvorsitzenden gewählt wurde.

Neben den Wahlen und Abstimmungen bot die Konferenz einen einzigartigen Rahmen für die jungen gewerkschaftspolitisch interessierten Kolleginnen und Kollegen, um einander kennenzulernen und ein Netzwerk über die Landesgrenzen hinaus zu pflegen und aufzubauen.



Die hessischen GdP-Vertreter.

Eine sehr besondere Veranstaltung, deren teilweise euphorisierende Wirkung hoffentlich noch lange auf die jungen Gewerkschaftler nachwirkt!

Christoph Möhring,
JUNGE GRUPPE Hessen



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

HESSISCHE BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Günther Voß neuer Präsident

Innenminister Peter Beuth hat am 10. April Günther Voß in sein Amt als Präsident der Hessischen Bereitschaftspolizei eingeführt. Der 57-Jährige war zuvor Leiter der Abteilung Einsatz und Abwesenheitsvertreter des Präsidenten des Polizeipräsidiums Osthessen. Mit Günther Voß wurde ein qualifizierter und engagierter Polizeibeamter gefunden, der aufgrund seiner Erfahrungen für dieses Spitzenamt der hessischen Polizei geeignet ist.

Gewerkschaft der Polizei und der Personalrat der Bereitschaftspolizei



Amtseinführung: v. l.: Vizepräsident Reiner Brüssow, Präsident der HBP, Günther Voß und Innenminister Peter Beuth.

gratulieren Günther Voß zur Ernennung und Amtsübernahme des Postens des Präsidenten der Bereitschaftspolizei recht herzlich und wünschen für die Amtsführung ein glückliches „Händchen“.



Informationen zum Rentenpaket

Die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf zur Rente mit 63 Jahren sowie zur Mütterrente beschlossen. Das Bundeskabinett hat ihn am 29. Januar 2014 verabschiedet und das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren eingeleitet. Dieses Verfahren soll nach den Plänen der Bundesregierung im Juni 2014 abgeschlossen werden. Im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens können sich allerdings noch Änderungen an den vorgeschlagenen Regelungen ergeben.

Seit 2012 können schon nach heutigem Recht besonders langjährig Versicherte, die mindestens 45 Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert waren, mit 65 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen. Zukünftig sollen Versicherte nach 45 Jahren bereits mit 63 eine abschlagsfreie Rente erhalten können.

Insbesondere sollen folgende Zeiten bei den 45 Jahren mitzählen:

- Zeiten mit Pflichtbeiträgen aus Beschäftigung
- Zeiten der geringfügigen, nicht versicherungspflichtigen Beschäftigung (anteilige Berücksichtigung)
- Zeiten mit Pflichtbeiträgen aus selbstständiger Tätigkeit
- Zeiten der Wehr- und Zivildienstpflicht
- Zeiten der nicht erwerbsmäßigen Pflege von Angehörigen
- Zeiten der Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes
- Zeiten, in denen Arbeitslosengeld, Krankengeld bezogen wurden

Nicht berücksichtigt werden bestimmte Anrechnungszeiten wie z. B. wegen eines Schul-/Fachhochschul- oder Hochschulbesuchs, Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld II.

Wer 63 Jahre oder älter ist und bislang noch keine Altersrente bekommt, soll nach dem Gesetzentwurf ab 1. Juli 2014 die Altersrente für besonders langjährig Versicherte abschlagsfrei erhalten können. Für ab 1953 geborene Versicherte wird die Altersgrenze von 63 Jahren schrittweise auf 65 Jahre angehoben.

Für die Jahrgänge ab 1964 beträgt die Altersgrenze für diese Rentenart dann 65 Jahre.

Arbeitnehmer, die bereits die Voraussetzungen für eine Altersrente erfüllen, sind nicht verpflichtet, diese auch in Anspruch zu nehmen. Sie

können vorbehaltlich tarifvertraglicher oder anderer arbeitsrechtlicher Einschränkungen weiterarbeiten.

Auswirkungen auf die betriebliche Altersversorgung (VBL)

Im Augenblick lässt sich nicht abschließend beurteilen, welche Änderungen sich für die VBL-Rente aufgrund der geplanten abschlagsfreien Rente mit 63 ergeben werden. Hier muss zunächst der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens abgewartet werden. Da die betriebliche Altersversorgung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes tarifvertraglich geregelt ist, hängen mögliche Änderungen auch von der Entscheidung der Tarifvertragsparteien ab. Daher bittet die VBL um Verständnis dafür, dass derzeit keine näheren Auskünfte gegeben werden können. Sobald die entsprechenden Entscheidungen gefallen sind, werden alle Versicherten durch die VBL informiert.

Mütterrente

Mit dem Begriff Mütterrente ist eine bessere Anerkennung von Erziehungszeiten für Kinder gemeint, die vor 1992 geboren wurden. Für sie wird bislang ein Jahr Kindererziehungszeit berücksichtigt. Es ist vorgesehen, ab dem 1. Juli 2014 für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, ein zusätzliches Jahr mit Kindererziehungszeiten anzurechnen.

Bei einem Rentenbeginn vor dem 1. Juli 2014 wird die Rente für jedes vor 1992 geborene Kind pauschal um einen zusätzlichen Entgeltpunkt erhöht. Dies entspricht derzeit einer Erhöhung von 28,14 Euro brutto im Westen und 25,74 Euro brutto im Osten. Diese Bruttowerte unterliegen gegebenenfalls einem Abzug von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Besteuerung. Bei einem späteren Rentenbeginn fließen die auf zwei Jahre erweiterten Kindererziehungszeiten in die individuelle Rentenberechnung ein. Wer vor dem 1. Juli 2014 bereits eine Rente bezieht, bei der Kindererziehungszeiten für ein vor 1992 geborenes Kind berücksichtigt wurden, erhält die Mütterrente ohne Antrag. Hier muss man nicht von sich aus tätig werden.

Auch wer bis zum 1. Juli noch keine Rente bezieht und bereits Kindererzie-

hungszeiten geltend gemacht hat, braucht nicht von sich aus tätig zu werden. Die Deutsche Rentenversicherung hat Kindererziehungszeiten bereits im Rentenkonto gespeichert, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Sie prüft in diesen Fällen von sich aus die Berücksichtigung der Mütterrente und speichert gegebenenfalls das weitere Jahr im Versicherungskonto. Etwas anderes gilt für Versicherte mit Kindern, die bislang noch keine Zeiten der Kindererziehung bei der Rentenversicherung geltend gemacht haben und für die dementsprechend auch noch keine Kindererziehungszeiten im Rentenkonto gespeichert sind. Sie sollten die Kindererziehungszeiten für die vor 1992 geborenen Kindern geltend machen. Die Deutsche Rentenversicherung prüft dann auch die Berücksichtigung der Mütterrente.

Die Deutsche Rentenversicherung weist die Versicherten von sich aus darauf hin, dass die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten geltend zu machen ist. Die Versicherten erhalten den Hinweis erstmals mit Erreichen des 43. Lebensjahres im Rahmen des sogenannten Kontoklarungsverfahrens. In diesem Verfahren wird geprüft, ob im Rentenkonto alle für die Rentenberechnung relevanten Zeiten enthalten sind. Die Kindererziehungszeiten sollten spätestens im Rentenantragsverfahren geltend gemacht werden.

Heinz Schiskowsky

(Quelle: Deutsche Rentenversicherung/VBL)

KREISGRUPPE OFFENBACH

Jahreshaupt- versammlung

Die Kreisgruppe Offenbach lädt am

Freitag, 6. Juni 2014, 10.00 Uhr, in 63179 Obertshausen, Tempelhofer Straße 10 (Bürgerhaus, Gesellschaftsraum) zur Jahreshauptversammlung ein.

Als Gäste sind PP Roland Ullmann und Ewald Gerck vom GdP-Landesvorstand eingeladen. **Der Vorstand**



GdP Nordhessen beteiligt sich



Die Teilnehmer der GdP Nordhessen.

Mitte März wurde in Kassel ein Warnstreik in der öffentlichen Verwaltung, den Kindergärten und Verkehrsbetrieben ausgerufen.

Die GdP war hier mit der Kreisgruppe Stadtverwaltung Kassel/Ordnungsamt natürlich mit im Einsatz. Von den 51 Mitgliedern der Kreis-

gruppe fanden sich 45 am Ausgangspunkt des Demonstrationszuges am Königstor ein. Nachdem alle mit GdP-Leibchen „Wir streiken“, Ratschen und Pfeifen ausgestattet waren, liefen wir in dem ca. 1800 Menschen umfassenden Demo-Zug durch die Stadt, um uns für eine Kundgebung mit einem weiteren Demo-Zug vor dem Kasseler Rathaus zu treffen.

Hier waren schließlich ca. 2000 Menschen im Warnstreik vereinigt. Nach verschiedenen Reden am Veranstaltungsort war gegen Mittag der 1. Streiktag bei der Kundgebung beendet.

Bedanken möchte ich mich beim Vorstand der KG Stadtverwaltung Kassel für die gute Umsetzung der Aktion und bei den Kolleginnen und Kollegen aus dem Vorstand der Bezirksgruppe, die uns unterstützt haben.

Stefan Rüppel,
GdP Nordhessen

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Bernd Jürgen Fischer
Herbert Scheuer
Marion Knobloch
Steffen Schöbitz
Helga Dietz-Gleich
Peter Fieres
Rudolf Neudeck
Axel Hartmann
Heike Lotti Koch
Anette Kunst
Kreisgruppe Main-Kinzig
Udo Bühler
Dieter Gärtner
Jörg Hartmann
Wolfram Hellmold
Anneliese Kieboom
Egon Papiorek
Elke Ritzdorf
Sabine Schimanski
Sabine Schloßke
Sascha Schüttig
Peter Schütz
Regina Staab
Petra Dengler
Kurt Eggers
Inka Gerdes
Michael Grüning
Andrea Ibach
Stefan Karlitsch
Frank Kaufmann
Christian Miehe
Marietta Scherp
Brigitte Weber
Silke Wendling
Kreisgruppe HLKA

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Peter Born
Bernd Krestin
Heribert Langgut
Reinhold Prehler
Norbert Tumbrägel
Michael Wombacher
Josef Piesch
Günter Gärtner
Kreisgruppe Main-Kinzig
Rainer Claas
Norbert Gottlob
Horst-Michael Haenschel
Edwin Marneth
Manfred Müller
Dieter Schleicher
Horst Schleicher
Manfred Goeth
Thomas Buttenberg
Kreisgruppe HLKA

EUROPAWAHL 2014

Wählen gehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum soll ich wählen gehen? Ich möchte Euch ein paar Argumente an die Hand geben, die Euch ermuntern, wählen zu gehen und einer demokratischen Partei die Stimme zu geben!

Das Europäische Parlament ist das einzige direkt gewählte und somit unmittelbar legitimierte Organ der Europäischen Union. Ein von vielen Menschen gewähltes Parlament kann den Kurs Europas durch seine Mitentscheidungs-, Kontroll- und Informationsrechte beeinflussen und ein Gegengewicht zum Rat und zur Europäischen Kommission bilden.

Wir als Arbeitnehmer brauchen eine Europapolitik, die folgende Themen in den Mittelpunkt der nächsten Jahre stellt.

- **Gute Arbeit, faire Mobilität und soziale Sicherheit für alle Menschen in Europa.**
- **Zukunftsinvestitionen in ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa.**
- **Demokratische Reformen, mehr Teilhabe und starke Grundrechte in Europa.**

Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ist längst eine soziale Krise geworden, die sich immer mehr verfestigt. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander, Arbeitslosigkeit und Armut nehmen in vielen Ländern Europas zu. Gerade die Jugend Europas ist davon stark betroffen. Die Regierungen wie EU-Kommission haben mit untauglichen wie schädlichen Rezepten wie Fiskalpakt und Schuldenbremse die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Beschneidung sozialer wie kollektiver Rechte herbeigeführt.

Mit Separatismus, Populismus und Nationalismus wird die europäische Idee nicht weiterentwickelt, sondern führt zu einer Spaltung Europas.

Ein Europa für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss grundlegende Arbeitnehmerrechte und insbesondere auch die Tarifautonomie beinhalten. Wir brauchen faire Regeln für einen Europäischen Arbeitsmarkt. Ein Europa der sozialen Sicherheit!

Darum die große Bitte: Geht am 25. Mai wählen! Gebt Eure Stimme für ein soziales und gerechtes Europa!

Heinz Homeyer

